Bis zu 1200 Flüchtlinge in Thun

ASYL In den Panzerhallen auf dem Waffenplatz Thun sollen im Falle eines starken Anstiegs der Asylgesuche wieder Flüchtlinge untergebracht werden. Wie das Staatssekretariat für Migration gestern mitteilte, können es bis zu 1200 Personen sein. Die Stadt Thun kann nun Stellung nehmen - aber nichts ändern.

Die Panzerhallen auf dem Waffenplatz Thun wurden bereits von Dezember 2015 bis Ende Mai 2016 als temporäres Bundesasylzentrum genutzt. «Es hat sich gezeigt, dass diese Anlagen für die vorübergehende Unterbringung von Asylsuchenden geeignet sind», hält das Staatssekretariat für Migration (SEM) in seiner gestrigen Medienmitteilung fest. Das damalige Zentrum war auf 600 Bewohner ausgelegt, wurde im Schnitt aber nur etwa zur Hälfte genutzt. Das SEM und das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport sehen nun vor, in einer allfälligen Notlage im Asylbereich maximal vier Panzerhallen auf dem Waffenplatz Thun bei Bedarf kurzfristig zu beziehen und als temporäre Asylunterkunft für bis zu 1200 Menschen zu nutzen. Dazu seien gewisse Vorarbeiten notwendig, die den militärischen Betrieb nicht beeinflussen würden.

Die Möglichkeit, diese vorübergehende zivile Mitnutzung einzurichten, soll dem SEM während maximal dreier Jahre offenstehen. Während dieser Zeit würde dem Kanton Bern die Zahl der Unterbringungsplätze ab Eröffnung der Unterkünfte vollumfänglich an den Schlüssel für die Verteilung von Asylsuchenden ab den Empfangs- und Verfahrenszentren angerechnet. «Das bedeutet, dass der Kanton bei voller Nutzung pro Jahr 1200 Asylsuchende weniger in eigenen Unterkünften aufnehmen müsste», hält das SEM fest.

Stadt kann sich äussern...

Um die Bedürfnisse und Anliegen des Kantons Bern, der Stadt Thun und ihrer Einwohner miteinzubeziehen, führt das SEM ein Konsultationsverfahren durch. Gestützt darauf soll eine gemeinsame Vereinbarung abgeschlossen werden, welche insbesondere die Bereiche Sicherheit und Betreuung regle. Gemäss dem Asylgesetz kann das SEM Anlagen und



Eine der Panzerhallen auf dem Waffenplatz Thun: Bei Bedarf werden sie wieder geräumt und für die Unterbringung von Flüchtlingen umgebaut. Patric Spahni

Bauten des Bundes ohne kantonale oder kommunale Bewilligungen zur Unterbringung von Asylsuchenden für maximal drei Jahre nutzen.

... hat aber kein Vetorecht

Dies ist auch Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) bewusst, der gestern vom SEM schriftlich über die geplanten Massnahmen informiert wurde: «Wir haben kein Vetorecht, können aber nun bis Anfang Januar unsere Stellungnahme abgeben.» Wichtig sei, dass etwa die Themen Sicherheit und Kostenverteilung klar geregelt seien. Zudem müssten die Erfahrungen mit dem ersten Bundeszentrum einfliessen. Lanz erwähnte dabei die Zusammensetzung der Bewohner, die in der Vergangenheit Anlass zu Schlägereien gewesen war. «Mit Ausnahme der Polizeieinsätze wurden aber kaum negative Erfahrungen gemacht», sagte Lanz. Zudem weist er darauf hin, dass es sich um eine Notfallplanung handle und im Moment keine Zuweisung von Flüchtlingen zu erwarten sei.

Dies unterstreicht auch das SEM. Die Zahl der Asylgesuche sei im laufenden Jahr gegenüber 2015 deutlich gesunken. Die Entwicklung in den Konfliktregionen sei aber schwierig einzuschätzen. Das SEM bereitet sich deshalb auf eine Erhöhung seiner Kapazität zur Unterbringung von Asylsuchenden vor. Der Bund soll bis zu 9000 Unterbringungsplätze bereitstellen, um auch bei einem raschen, starken Anstieg der Asylgesuche alle Asylsuchenden registrieren, überprüfen und unterbringen zu können. Das SEM sucht deshalb zusätzlich zu den rund 5000 ständigen Plätzen in Bundesasylzentren und den bis zu 1000 Plätzen in Anlaufstellen rund 3000 weitere, temporäre Plätze, die rasch in Betrieb genommen werden können. Es würden im Moment vorab militärische Anlagen evaluiert.

Roland Drenkelforth

BOLTIGEN

120 Asylsuchende kommen ins Simmental

Der Bund richtet in der ehemaligen Militärkaserne in Boltigen ein zentrieren und mit den invol-Bundeszentrum für bis zu 120 Asylsuchende ein. Der Gemeinderat, der sich vergeblich wehrte, will das Beste daraus machen.

Bis zu 120 Asylsuchende wird das Staatssekretariat für Migration (SEM) ab Anfang Dezember in der örtlichen Truppenunterkunft unterbringen. «Klar haben wir Bedenken, wenn sich tagsüber bald gleich viele Asylsuchende im Dorf aufhalten wie Einheimische», sagt auf Anfrage Andreas Hutzli, Gemeinderatspräsident und für die Sicherheit zuständiger Gemeinderat. Nach 2004 und 2011 auf dem Jaunpass wird die Gemeinde Boltigen nun somit bereits zum dritten Mal zur Aufnahme von Asylsuchenden genötigt. Gemeindepräsident Fred Stocker: «Alle Versuche und Interventionen auf politischer und rechtlicher Ebene, den möglichen Betrieb eines Asylzentrums in der Kaserne zu verhindern, sind gescheitert; die Nutzung beginnt am 5. Dezember und dauert längstens drei Jahre.» So habe der Gemeinderat entschieden, sich auf das Wesentliche und einen möglichst reibungslosen und sicheren Betrieb zu konvierten Stellen zu kooperieren.

Mit Begleitgruppe

Für die Sicherheit im Boltiger Bundeszentrum wird rund um die Uhr die Sicherheitsfirma Securitas sorgen. Für die Sicherheitskosten kommt der Bund auf. Der Bevölkerung steht eine 24-Stunden-Hotline (058 460 84 84) zur Verfügung. Das SEM und der Kanton Bern wollen auch eine durch die Einwohnergemeinde geleitete Begleitgruppe bilden, welche allfällige Probleme, die sich durch Einrichtung und Betrieb ergeben können, partnerschaftlich

lösen soll. «Dabei geht es namentlich um den Austausch von Erfahrungen, die Durchführung von Lagebeurteilungen und die Umsetzung von möglichen Massnahmen», steht in der gestrigen Mitteilung der Gemeinde Boltigen an die Bürger.

Die auf Asyl- und Flüchtlingsbetreuung spezialisierte Firma ORS Service AG organisiert die Tagesstruktur mit verschiedenen Tätigkeiten für die Asylsuchenden. Die Ausgangszeiten für die Bewohner werden geregelt und kontrolliert: Täglich von 9 bis 17 Uhr sowie von Freitag 9 Uhr bis Sonntag um 17 Uhr. Bruno Petroni

Lädeli geht in neue Hände über

STEFFISBURG Das Maxi-Spar-Lädeli im Schwäbis schliesst heute – und wird im Dezember neu eröffnet. Es geht in neue Hände über.

«Ich muss meinen persönlichen Aufwand unbedingt reduzieren und auf meine Gesundheit achten», sagt Jakob Siegenthaler. Der Inhaber der Chrüzwäg-Chäsi in Oberlangenegg betreibt das Maxi-Spar-Lädeli im Schwäbis als eines von gut einem Dutzend Verkaufsgeschäften - bis heute. Denn heute ist der vorerst letzte Tag, an dem der Quartierladen geöffnet ist. Die Rücksicht auf seine Gesundheit habe ihn dazu bewogen, die Filiale aufzugeben.

Neueröffnung im Dezember

Damit ist allerdings nicht endgültig Schluss mit dem zweitletzten Laden im Quartier, das mit seinen rund 4000 Bewohnern grösser ist als manches Dorf in der Region. Bereits Anfang Dezember eröffnet Brigitte Bühlmann den Verkaufsladen neu. «Bis dahin bauen wir um und erweitern das Ladenlokal ein wenig», sagt sie, die bereits in Bern und Lyss ähnliche Läden geführt hat. In Steffisburg will Brigitte Bühlmann das Konzept mit Produkten aus der Region weiterführen, auch Produkte der Chrüzwäg-Chäsi werden weiter erhältlich sein, inklusive der Käseauslage. Ferner will sie die Öffnungszeiten erweitern und den Laden auch sonntags öffnen; zunächst zusammen mit ihrem Lebenspartner, später gedenkt Brigitte Bühlmann Personal einzustellen und allenfalls sogar Lehrlinge auszubilden.

Verhalten ändert sich

Bernhard Pulfer, Präsident des Schwäbis-Leists, hat von dieser Zeitung erfahren, dass der Laden nach der Schliessung heute in gut einem Monat wieder eröffnet werden soll. «Das sind sehr gute Nachrichten für das Quartier und seine Bevölkerung», sagt er. «Gerade für jene Menschen, die nicht tagtäglich zur Arbeit pendeln und ihre täglichen Einkäufe im Umfeld der Bahnhöfe tätigen, sind solche Läden wertvoll», sagt er. Und: «Ich hoffe, dass die neuen Betreiber ihr Geschäft erfolgreich führen können - und so dem geänderten Einkaufsverhalten ein wenig trotzen können.» maz

